

Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0238/17 Öffentlichkeitsstatus öffentlich	Datum 18.05.2017
Dezernat: II	II/01		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	30.05.2017	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Finanz- und Grundstücksausschuss	09.08.2017	öffentlich	Beratung
Stadtrat	17.08.2017	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Jahresabschluss 2016 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2016 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - den Jahresabschluss 2016 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 215.012.783,88 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 5.817.413,37 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 5.817.413,37 EUR gemäß HGB in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 581.741,34 EUR auf die freie Rücklage und 5.235.672,03 EUR auf die Betriebsmittellrücklage,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Knut Förster, und dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen,
 - den Konzernjahresabschluss 2016 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH festzustellen,
 - die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 und für die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zu bestellen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	2001	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
----------------------	------	----------------	---	----	--	------

Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme				
		ja, Nr.		x	nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt				
	JA		NEIN		x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐ bis 60 Tsd. € (Sammelposten)	
☐ > 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)	☐ Anlage Grundsatzbeschluss Nr. ☐ Anlage Kostenberechnung
☐ > 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)	☐ Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich ☐ Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

Buchwert in €:

Datum Inbetriebnahme:

Anlage neu	
☐	JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführender Bereich II/01	Sachbearbeiter	Unterschrift
	Frau Brennecke	Herr Koch

Verantwortlicher Beigeordneter II	Unterschrift	Herr Zimmermann
-----------------------------------	--------------	-----------------

Termin für die Beschlusskontrolle	31.08.2017
-----------------------------------	------------

Begründung:

Dem Jahresabschluss der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2016 wurde von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Geschäftsjahr zum 31.12.2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 5.817.413,37 EUR (Vorjahr: 2.789,0 Tsd. EUR) ab.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab keine Beanstandungen. Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die Prüfung gemäß § 12 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) des Landes Sachsen-Anhalt zur Verwendung der pauschalen Fördermittel, die Prüfung zur Aufstellung der Erlöse gemäß § 4 Abs. 3 Satz 7 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG), die Prüfung der Verwendung der Mittel im Rahmen des Hygieneförderprogramms gemäß § 4 Abs. 9 KHEntgG und die Prüfung zum Ausbildungsbudget nach § 17a Abs. 7 KHG. Diese Prüfungen führten zu keinen Beanstandungen.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde ebenfalls wieder ein Konzernjahresabschluss vorgelegt. Gemäß § 290 HGB ist das Mutterunternehmen grundsätzlich zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, der gemäß § 316 Abs. 2 HGB einer Pflichtprüfung unterliegt. Mit dem Konzernabschluss soll ein objektives Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des gesamten Konzerns gegeben werden. Dabei werden entsprechende Verflechtungen (innerkonzernliche Forderungen/Verbindlichkeiten, Erträge/Aufwendungen etc.) eliminiert. Der Konzernabschluss hat somit einen rein informativen Charakter. Mit der Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH zum 01.07.2009 war die Gesellschaft erstmals zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden ebenfalls durch die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

1. Grundsätzliche Feststellungen zur Lagebeurteilung und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Bezüglich der Lagebeurteilung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer verweisen wir auf die Anlage 1 zur Drucksache. Dort wird zusammengefasst die wirtschaftliche Lage und der Geschäftsverlauf der Gesellschaft dargestellt sowie die zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen eingeschätzt.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

„Wir als Abschlussprüfer der Gesellschaft halten die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der künftigen Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Lagebericht durch die Geschäftsführung für zutreffend.“

2. Analyse des Jahresabschlusses 2016 im Vergleich zum Vorjahr

2.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgrund der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetzes (BilRUG) erfolgen andere Zuordnungen in den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung. Um eine Vergleichbarkeit herbeizuführen, wurden im vorliegenden geprüften Jahresabschluss 2016 die Vorjahreszahlen ebenfalls entsprechend angepasst. Es gab ausschließlich Umgliederungen im Bereich der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich im Berichtsjahr von 129.922,1 Tsd. EUR auf insgesamt 140.176,3 Tsd. EUR. Die Erlöse aus den DRG-Fallpauschalen haben sich von 104.391,5 Tsd. EUR auf 107.990,2 Tsd. EUR erhöht. Im Geschäftsjahr 2016 wurden 29.343 DRG-Fälle (Vorjahr: 29.366) stationär behandelt. Des Weiteren wurden 2.662 (Vorjahr: 2.490) Fälle nach der Bundespflegesatzverordnung (BPfLV) im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie stationär behandelt. Im Berichtsjahr 2016 wurde ein CMI von 1,122 (Vorjahr: 1,117) erzielt. Der jahresdurchschnittliche Basisfallwert (inkl. Ausgleichs- und Berichtigungsbeträge für Vorjahre) erhöhte sich von 3.190,81 EUR im Vorjahr (bereinigt um Ausgleichs- und Berichtigungen) auf 3.278,19 EUR im Berichtsjahr.

Die Erlöse aus Wahlleistungen in Höhe von 214,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 250,3 Tsd. EUR) beinhalten im Wesentlichen die Wahlleistungen aus gesondert berechneter Unterkunft und die ärztlichen Wahlleistungen.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 73,9 Tsd. EUR auf 2.808,5 Tsd. EUR. Zu dieser Position gehören u. a. Erlöse aus Krankenhausambulanzen, Erlöse aus ambulanten Operationen und Erlöse aus KV-Abrechnungen.

Die Position Nutzungsentgelte der Ärzte (355,8 Tsd. EUR) hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas verringert. Hier erfolgt im Wesentlichen der Ausweis von Nutzungsentgelten für ärztliche ambulante Leistungen und der Erstattungen der Ärzte für Gutachtertätigkeit.

Neu ausgewiesen nach BilRUG wird die Position Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs (HGB), soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 (bisher erläuterte Umsatzerlöse) enthalten (4.507,4 Tsd. EUR). Hier erfolgt der Ausweis der Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (im Wesentlichen Apothekenlieferungen an Dritte), aus Notarztgestaltung, aus Erstattungen des Personals (im Wesentlichen für Verpflegung und Parkplatzgebühren) und der übrigen Umsatzerlöse gemäß § 277 Abs. 1 HGB (im Wesentlichen Mieten und Ausgleichsbeträge für frühere Geschäftsjahre).

Im Berichtsjahr wird eine Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (-278,1 Tsd. EUR) ausgewiesen (Vorjahr: Erhöhung 224,4 Tsd. EUR).

Die Position Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10 in Höhe von 1.058,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 502,7 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Erstattungen der Sozialversicherungsträger für Mutterschutz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich von 2.615,2 Tsd. EUR im Vorjahr auf 2.120,3 Tsd. EUR im Berichtsjahr. In dieser Position werden noch die periodenfremden Erträge und die übrigen betrieblichen Erträge ausgewiesen.

Der Personalaufwand beinhaltet im Berichtsjahr Aufwendungen für Gehälter in Höhe von 77.660,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 73.658,2 Tsd. EUR) sowie Aufwendungen für soziale Abgaben und Altersversorgung in Höhe von 15.411,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 14.400,5 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr begründet sich mit der Erhöhung der beschäftigten Vollkräfte sowie mit der vereinbarten Tarifentwicklung. Die durchschnittliche Anzahl der Vollkräfte erhöhte sich von 1.383 im Vorjahr auf 1.431 im Berichtsjahr.

Die Position Materialaufwand setzt sich zusammen aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 30.755,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 30.242,3 Tsd. EUR) und aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 4.876,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.348,7 Tsd. EUR). Zu den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gehören die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf (26.371,9 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Lebensmittel (1.292,1 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (2.259,2 Tsd. EUR) sowie die Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs (832,5 Tsd. EUR).

In den Positionen 10 bis 14 der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Krankenhausbuchführungsverordnung der separate Ausweis von Fördermitteln und anderer öffentlicher Zuweisungen für Investitionen.

Die Position Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (Pos. 10) in Höhe von 1.693,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.901,5 Tsd. EUR) beinhaltet die Erträge aus Fördermitteln nach § 9 Abs. 2 und 3 KHG und die Zuwendungen Dritter.

In der Position Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (1.082,5 Tsd. EUR) werden entsprechende Erträge in Höhe der Abschreibungen auf förderfähige, jedoch mit Eigenmitteln vor Einführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) angeschaffte Anlagegüter gebucht. Damit erfolgte eine Neutralisierung der entsprechenden Abschreibungen und die Gewinn- und Verlustrechnung bleibt diesbezüglich erfolgsneutral.

Die Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Pos. 12) in Höhe von 4.583,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.323,7 Tsd. EUR) dient ebenfalls ausschließlich der Neutralisierung von Aufwendungen. Diese betreffen zum einen die entsprechenden Abschreibungen auf die Anlagegüter, die mit Fördermitteln und anderen Zuwendungen angeschafft wurden und zum anderen auch die Aufwendungen aus dem Abgang dieser mit Fördermitteln bzw. Zuwendungen finanzierten Anlagegüter.

In der Position 13 Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (1.835,2 Tsd. EUR) werden Erträge durch Einbuchung von Aufwendungen ergebnisneutral gestellt. Das betrifft Aufwendungen für pauschale Zuweisungen bzw. Einzelfördermittel, für andere Zuwendungen, für entsprechende Verkaufserlöse aber auch für Zinserträge angelegter Fördermittel.

In der Position 14 Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegütern erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 5,5 Tsd. EUR.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen werden im Berichtsjahr in Höhe von 7.075,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.996,7 Tsd. EUR) ausgewiesen. Durch die Auflösung der Sonderposten und durch die Einstellungen in die Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung bleibt ein Teil der Abschreibungen für die Erfolgslage weitgehend neutral. Ergebniswirksam sind nur die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter und auf das Anlagevermögen, das mit Eigenmitteln nach dem 01.01.1991 finanziert wurde.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich geringfügig im Berichtsjahr auf 14.677,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 12.844,9 Tsd. EUR) und beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für Verwaltungsbedarf (2.421,0 Tsd. EUR), für Instandhaltungen (4.524,7 Tsd. EUR), für Abgaben/Versicherungen (1.792,7 Tsd. EUR) und Wartungsaufwendungen (2.547,7 Tsd. EUR).

Es werden sonstige Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 14,5 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Berichtsjahr erfolgt in der Position Abschreibungen auf Finanzanlagen kein Ausweis. Im Vorjahr wurde hier die außerplanmäßige Abschreibung des Beteiligungsansatzes der MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH in Höhe von 416,8 Tsd. EUR auf den niedrigeren beizulegenden Wert wegen dauerhafter Wertminderung ausgewiesen.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 266,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 419,5 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Darlehenszinsen und -provisionen.

Steuern fielen in Höhe von -44,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 46,7 Tsd. EUR) an. Dies betrifft Erstattungen für Vorjahre.

Zum 31.12.2016 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 5.817,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.789,0 Tsd. EUR) ausgewiesen.

2.2 Bilanz zum 31.12.2016

Aktiva

Insgesamt ist gegenüber dem Vorjahr in der Position Anlagevermögen eine Erhöhung von 134.199,8 Tsd. EUR auf 136.914,2 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgten im Berichtsjahr Zugänge in Höhe von 213,3 Tsd. EUR und Abschreibungen in Höhe von 153,7 Tsd. EUR. Per 31.12.2016 wird ein Restbuchwert in Höhe von 241,7 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Bereich des Sachanlagevermögens wurden Investitionen in Höhe von 9.688,3 Tsd. EUR getätigt. Dabei entfallen 327,2 Tsd. EUR auf die Position *Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken*, 2.688,4 Tsd. EUR auf die Position *Einrichtungen und Ausstattungen* und 6.672,6 Tsd. EUR auf die Position *geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau*.

Die Position Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten erhöhte sich von 108.992,9 Tsd. EUR auf 122.790,3 Tsd. EUR. Die Zugänge im Berichtsjahr in Höhe von 327,2 Tsd. EUR betreffen den Einbau Computertomographie. Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr eine Umgliederung in Höhe von 17.534,9 Tsd. EUR aus der Position geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau. Hierbei handelt es sich um die Investitionsmaßnahme Haus C (Neubau Psychiatrie). Abschreibungen wurden in Höhe von 4.064,7 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position technische Anlagen verringerte sich im Berichtsjahr in Höhe der Abschreibungen (330,4 Tsd. EUR) von 1.070,2 Tsd. EUR auf 739,8 Tsd. EUR.

Die Position Einrichtungen und Ausstattungen erhöhte sich im Berichtsjahr von 8.501,1 Tsd. EUR auf 9.142,6 Tsd. EUR. Hier erfolgten Zugänge für medizinisch-technische Anlagen und Geräte, für medizinisch technischen Verwaltungsbedarf und für Wirtschaftsbedarf sowie für übrige Einrichtungen und Ausstattungen in Höhe von 2.688,4 Tsd. EUR. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres betreffen 2.526,4 Tsd. EUR; Abgänge werden in Höhe von 111,9 Tsd. EUR berücksichtigt. Des Weiteren erfolgte eine Umgliederung in Höhe von 591,5 Tsd. EUR aus der Position geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau für die Dritte Schleuse Zentral-OP.

Die Position geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 3.937,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 15.390,9 Tsd. EUR) beinhaltet die Investitionsmaßnahme Haus D (Ersatzbau Onkologie) und ein Ganzkörperscanner Röntgengerät. Im Vorjahr wurde hier noch die Investitionsmaßnahme Haus C (Neubau Psychiatrie) ausgewiesen.

Unter den Finanzanlagen werden in unveränderter Höhe die Anteile an verbundenen Unternehmen für die Tochtergesellschaften ausgewiesen. Dies betrifft die Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH mit 25,0 Tsd. EUR und die MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH mit 25,0 Tsd. EUR.

Zum Bilanzstichtag erfolgt unter der Position Beteiligungen (12,5 Tsd. EUR) der Ausweis des Anteils am Stammkapital der Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Magdeburg gemeinnützige GmbH, an der die Gesellschaft zu 50 % beteiligt ist.

Bei der Bilanzposition des Umlaufvermögens/Vorräte wird in der Position der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.143,1 Tsd. EUR) im Wesentlichen der bevorratete medizinische Bedarf (1.060,3 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Bei den unfertigen Leistungen erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 1.478,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.756,5 Tsd. EUR).

Bei der Position der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis von fünf Einzelpositionen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Einzelnen:

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.173,6 Tsd. EUR
- Forderungen an den Gesellschafter	136,0 Tsd. EUR
- Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	6.974,2 Tsd. EUR
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11,6 Tsd. EUR
- Sonstige Vermögensgegenstände	82,2 Tsd. EUR

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 18.173,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 14.323,8 Tsd. EUR) betreffen fast ausschließlich Forderungen aus der stationären Leistungsabrechnung gegenüber Sozialleistungsträgern.

Die Forderungen an den Gesellschafter in Höhe von 136,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 99,9 Tsd. EUR) betreffen Forderungen aus Leistungsbeziehungen mit der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 6.974,2 Tsd. EUR betreffen im Wesentlichen die Forderungen nach dem Bundespflegesatzverordnung und nach dem Krankenhausentgeltgesetz (5.621,4 Tsd. EUR). Des Weiteren beinhaltet diese Position Forderungen gem. Art 14 Abs. 1 Gesundheitsstrukturgesetz basierend auf dem Zuwendungsbescheiden des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung der Baumaßnahme Haus C (Psychiatrie) in Höhe von insgesamt 17.793,0 Tsd. EUR und der Baumaßnahme Haus D (Ersatzbau Onkologie) in Höhe von 2.500,0 Tsd. EUR ausgewiesen. Diese betragen zum Bilanzstichtag 1.352,8 Tsd. EUR.

Im Berichtsjahr wird eine Forderung gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 11,8 Tsd. EUR für verauslagte Dienstleistungen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr erfolgt in der Position Forderung gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht kein Ausweis. Im Vorjahr wurde hier eine Forderung in Höhe von 35,9 Tsd. EUR gegenüber der Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Magdeburg gemeinnützige GmbH ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden in Höhe von 82,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 96,2 Tsd. EUR) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen debitorische Kreditoren und Forderungen gegenüber Mitarbeitern.

Beim Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Stichtag liquide Mittel in Höhe von insgesamt 13.363,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 13.770,4 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Des Weiteren erfolgt auf der Aktivseite der Bilanz der Ausweis eines Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung gemäß § 5 Abs. 5 Krankenhausbuchführungsverordnung. Dieser Posten muss in Höhe der Abschreibungen auf Anlagegüter gebildet werden, die vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) mit Eigenmitteln angeschafft wurden. Er hat den Charakter einer Bilanzierungshilfe und ist der Gegenposten zur Ertragsbuchung gemäß Position 11 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Berichtsjahr erfolgte hier wieder die Einstellung der Mittel in Höhe der Abschreibungen mit 1.082,5 Tsd. EUR und damit eine Erhöhung zum Bilanzstichtag auf 36.537,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 35.455,0 Tsd. EUR).

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wird in Höhe von 199,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 412,7 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft Vorauszahlungen für das Folgejahr.

Passiva

Im Eigenkapital wird unverändert ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 500,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Kapitalrücklage wird zum 31.12.2016 ebenfalls in unveränderter Höhe von 62.135,8 Tsd. EUR ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag erfolgt der Ausweis von Gewinnrücklagen in Höhe von 28.207,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 25.418,3 Tsd. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahresstichtag ergibt sich aus der Zuführung des Jahresüberschusses 2015 in Höhe von 2.789,0 Tsd. EUR.

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 5.817,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.789,0 Tsd. EUR) ab.

Beim Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden unterschiedliche Posten gebildet, die sich nach dem Fördermittelgeber richten.

Beim Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG werden Mittel in Höhe von 56.429,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 57.793,3 Tsd. EUR) ausgewiesen. Hier handelt es sich um passivierte Fördermittel für finanzierte Anlagegüter gemäß § 9 Abs. 1 und 3 Krankenhausgesetz (KHG), die gemäß § 5 Abs. 3 KHG in Höhe der entsprechenden Abschreibungen wieder aufgelöst werden. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Unter dem Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand erfolgt separat der Ausweis für andere Einzelfördermittel der öffentlichen Hand, die somit nicht nach dem KHG gezahlt wurden. Die Behandlung dieses Passivpostens erfolgt in analoger Weise zur vorherigen Position. Die Auflösung erfolgt in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum 31.12.2016 beträgt der Stand 41.250,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 36.294,9 Tsd. EUR). Im Geschäftsjahr erfolgten Zugänge in Höhe von 6.500,4 Tsd. EUR (Baumaßnahme Haus C – Psychiatrie) und Auflösungen in Höhe von 1.545,3 Tsd. EUR.

Des Weiteren erfolgt der Ausweis des Sonderpostens aus Zuwendungen Dritter, der zum Bilanzstichtag 43,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 53,1 Tsd. EUR) beträgt. Hier erfolgt ebenfalls die Auflösung in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung dieser Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Rückstellungen verminderten sich im Berichtsjahr von 4.517,3 Tsd. EUR auf 4.053,9 Tsd. EUR. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

<u>Werte in Tsd. EUR</u>	<u>2016</u>
Steuerrückstellungen	195,4
Personalarückstellungen	2.466,9
Ausstehende Eingangsrechnungen	319,0
Risikoabschlag laufende MDK-Prüfungen	840,0
Archivierungskosten	168,0
Prozesskosten	39,5
Jahresabschlusskosten	<u>25,1</u>
	4.053,9
	=====

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft verminderten sich zum 31.12.2016 insgesamt von 20.196,8 Tsd. EUR auf 16.574,5 Tsd. EUR.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden zum Bilanzstichtag acht Darlehen der Bank für Sozialwirtschaft AG in Höhe von insgesamt 7.956,3 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis von erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 2,2 Tsd. EUR.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3.141,0 Tsd. EUR) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 842,2 Tsd. EUR verringert und betreffen Verbindlichkeiten gegenüber diversen Lieferanten.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 1.030,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 890,2 Tsd. EUR) umfassen bewilligte und noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel sowie Ausgleichsverpflichtungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz und der Bundespflegesatzverordnung.

Bei den Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von 1.362,6 Tsd. EUR handelt es sich ebenfalls um noch nicht verwendete Zuwendungen sonstiger Zuwendungsgeber.

Die Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 2,7 Tsd. EUR besteht gegenüber der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH und gegenüber der MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH.

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag in Höhe von 3.079,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.795,9 Tsd. EUR) ausgewiesen. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer und um Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern.

Es wird ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 0,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 10,2 Tsd. EUR) ausgewiesen.

3. Konzernjahresabschluss 2016

In den Konsolidierungskreis wurden die Jahresabschlüsse der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Muttergesellschaft) sowie der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH und der MVZ Klinikum Magdeburg gemeinnützige GmbH als 100%-ige Tochterunternehmen aufgenommen. Die Konsolidierung erfolgte nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung. Die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH 2016 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Konzernabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 4.949.566,35 EUR aus.

4. Zusammenfassung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss in seiner Sitzung am 10.05.2017 gebilligt und empfiehlt der Gesellschafterversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, versehenen Jahresabschluss 2015 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 215.012.783,88 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 5.817.413,37 EUR fest.
2. Die Gesellschafterversammlung beschließt, den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 5.817.413,37 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 581.741,34 EUR auf die freie Rücklage und 5.235.672,03 EUR auf die Betriebsmittellrücklage.

3. Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung.
4. Die Gesellschafterversammlung bestellt die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH und deren Tochtergesellschaften.

Der Aufsichtsrat hat ebenfalls in seiner Sitzung am 10.05.2017 den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2016 zustimmend zur Kenntnis genommen und empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Feststellung.

Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den vorgeschlagenen Empfehlungen des Aufsichtsrates an. Die vorgeschlagene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft würde dann zum 5. Mal hintereinander als Abschlussprüfer tätig werden.

Das Prüfungsergebnis 2016 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Lagebeurteilung der Gesellschaft, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlagen beigefügt. In der Anlage 7 sind die entsprechenden Unterlagen des Konzernabschlusses beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache im Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung eingesehen werden.

Anlagen

1. Lagebeurteilung
2. Bilanz
3. Gewinn- u. Verlustrechnung
4. Bestätigungsvermerk
5. Lagebericht
6. Beschluss AR 10.05.2017
7. Konzernunterlagen